

**Auszug aus der Niederschrift
Sitzung des Umweltausschusses vom 26.03.2025**

**6 Einrichtung einer Vollzeitplanstelle im Bereich 2-2/Umwelt
 B/17/6330**

Herr Bandel betont, dass auf eine Überlastungsanzeige reagiert werden muss. Er sieht den Bedarf glaubhaft dargestellt und ist der Meinung, dass mögliche Alternativen ausgeschöpft wurden.

Für Herrn Schindelasch ist es erschreckend, dass nicht bereits vor der Überlastungsanzeige gehandelt wurde, um eine Überlastungssituation zu verhindern.

Herr Prohl schließt sich den Vorrednern inhaltlich an. Fraglich ist für ihn, wie die Situation entstanden ist. Die SPD-Fraktion möchte diese Thematik intern besprechen und meldet Beratungsbedarf an.

Herr Lütte erkundigt sich, warum nicht frühzeitig reagiert wurde und ob Tätigkeiten im Vorfeld innerhalb der Verwaltung verschoben wurden.

Herr Baum empfindet die Vorlage als nicht schlüssig. Es wird beschrieben, dass die betroffene Person etwa 26% der Aufgaben bearbeiten kann. Er rechnet weiter, dass eine weitere Person weitere 26% bewältigen kann und befürchtet Folgeanträge für weitere Stellen. Fraglich ist für ihn auch, welche Konsequenzen der Stadt Oberhausen drohen, wenn weiterhin ein so großer Teil der Pflichtaufgaben nicht bearbeitet werden kann und warum dies erst in der Überlastungsanzeige des betroffenen Mitarbeiters auffällt.

Den prozentual zu schaffenden Anteil der Arbeit kann lt. Herrn Bandel nicht mathematisch berechnet werden. Eine zusätzliche Person kann auch dazu führen, dass das Team gemeinsam mehr als 52% erreichen kann. Er räumt ein, dass das Gefühl, man würde nichts mehr schaffen, bekannt ist. Dies trägt dazu bei, dass noch weniger geschafft werden kann. Eine zusätzliche Person könnte neben der praktischen Aufgabenerledigung auch die mentale Stärke in diesem Zuständigkeitsfeld stärken, was zu weiteren Aufgabenerledigungen führen kann.

Herr Heinzen stimmt Herrn Baum zu.

Herr Jehn gibt an, dass der Sinn hier nicht ist, Folgeanträge zu stellen, sondern die Notwendigkeit der Stelleneinrichtung zu prüfen. Diesen Vorgang nimmt die Personalverwaltung der Stadt Oberhausen sehr ernst. Hier werden auch Alternativen geprüft. Wenn diese nicht mehr umsetzbar sind, wird eine Vorlage wie diese eingereicht. Der betreffende Bereich hat durch interne Umstrukturierungen versucht, die Situation zu verbessern. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren durch den Gesetzgeber immer mehr Pflichtaufgaben an die Kommunen weitergegeben worden. Die Frage der Finanzierung der entsprechenden Stellen wurde an vielen Stellen nicht beantwortet. Darüber hinaus möchte Herr Jehn als Personaldezernent die Kolleginnen und Kollegen in Belastungssituationen schützen. Aus seiner Sicht hat der Bereich Umwelt die Situation glaubhaft geschildert. Das Personalwesen unterstützt die Aussagen.

Die SPD-Fraktion meldet Beratungsbedarf an.
--